

KURZMELDUNGEN

Verschärfte Einreiseregeln

BERN | Die EU erweitert die Möglichkeiten für präventive Kontrollen bei der Einreise in den Schengen-Raum, zu dem die Schweiz gehört. Der Ständerat hat der Schaffung des Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystems (ETIAS) zugestimmt. Das ETIAS-System wurde von der EU im Herbst 2018 beschlossen. Die Schweiz ist als Schengen-Mitglied verpflichtet, diese Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands zu übernehmen. Als Nächstes ist nun der Nationalrat am Zug. Der Bundesrat verspricht sich davon zusätzliche Sicherheit in den Schengen-Mitgliedstaaten. Laut Andrea Caroni (FDP/AR), Präsident der Staatspolitischen Kommission des Ständerats, verursachen die neuen Regeln zwar etwas mehr Bürokratie, reduzieren aber die Sicherheitsrisiken und sichern die Visumsfreiheit. Die kleine Kammer stimmte in der Gesamtabstimmung ohne Gegenstimme für die neuen Regeln. Die USA haben bereits ein ähnliches System. Viele kennen daher das entsprechende ESTA-Formular. **sda**

Modernisierung

BERN | Der Bundesrat kann die modernisierte Datenschutzkonvention des Europarates ratifizieren. Nach dem Nationalrat hat am Dienstag auch der Ständerat seine Zustimmung gegeben. Die kleine Kammer folgte mit 41 zu 0 Stimmen und bei 2 Enthaltungen dem Antrag seiner Staatspolitischen Kommission (SPK). Der Nationalrat hatte seine Zustimmung im März mit 185 zu 0 Stimmen, aber mit 6 Enthaltungen gegeben. Dem Übereinkommen traten bisher über 30 Staaten bei. **sda**

Rohstoffhändler wehrt sich

ZUG | Das Zuger Rohstoffunternehmen Kolmar Group hat bei den Schweizer Behörden Strafanzeige wegen übler Nachrede gegen die Nichtregierungsorganisationen Trial International und Public Eye eingereicht. Diese hatten zuvor ihrerseits Kolmar angezeigt wegen Beihilfe zur Plünderung des Bürgerkriegslandes Libyen. Das Unternehmen soll gemäss einem von den beiden Nichtregierungsorganisationen am 2. März veröffentlichten Bericht geschmuggelten Dieselkraftstoff aus Libyen gekauft haben. «Kolmar Group AG weist die gegen das Unternehmen erhobenen haltlosen Vorwürfe entschieden zurück», heisst es in einer Mitteilung des Zuger Unternehmens vom Dienstag. Die Kolmar Group sei «in keiner Weise an den ihr im Artikel vorgeworfenen illegalen Aktivitäten beteiligt» gewesen. Darüber hinaus sei die Kolmar Group AG nie von Strafverfolgungs-, Aufsichts- oder Gerichtsbehörden im Zusammenhang mit irgendwelchen Untersuchungen zu den in diesem Artikel aufgeworfenen Fragen kontaktiert oder befragt worden. **sda**

Bern | Wie weit soll die Haftungspflicht für Unternehmen reichen?

Räte sind sich nicht einig

Ob es einen indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative geben wird, ist so offen wie zu Beginn der Parlamentsdebatte vor knapp drei Jahren. Denn beide Räte beharren auf ihrer Version. Nun muss die Einigungskonferenz an die Arbeit.

Wie weit die Haftungspflicht für Konzerne gehen soll, ist der Kern der Vorlage. Der Ständerat debattierte darüber am Dienstag ein letztes Mal und entschied mit 28 zu 17 Stimmen, bei seinem Konzept zu bleiben. Dieses enthält keine neuen Haftungsregelungen, aber Berichtserstattungspflichten für bestimmte Unternehmen.

Besondere Vorgaben zu Kinderarbeit

Geht es um Konfliktminerale und Kinderarbeit, müssen die Unternehmen besondere Transparenzvorgaben erfüllen. Der Bundesrat hatte die Grundlagen für diesen Gegenvorschlag als Reaktion auf den schärfer formulierten Gegenvorschlag des Nationalrates ins Spiel gebracht.

Diese Regelung entspreche den Regelungen in der EU, hatte der Bundesrat argumentiert. Betreffend Kinderarbeit gehe die Schweiz zusammen mit den Niederlanden einen Schritt weiter, sagte Justizministerin Karin Keller-Sutter im Ständerat.

Demgegenüber sieht das vom Nationalrat zuletzt mit 97 gegen 92 Stimmen ge-



Sommersession. Ständeratspräsident Hans Stöckli eröffnet am ersten Tag der Sommersession die Sitzung.

FOTO KEYSTONE

nehmigte Konzept Haftungsregeln für Konzerne mit Sitz in der Schweiz und deren Tochterfirmen im Ausland vor. Die Initianten haben angekündigt, die Konzernverantwortungsinitiative zurückzuziehen, sollten sich die Räte auf diesen Vorschlag einigen.

Beat Rieder widerspricht namens der Mehrheit

Eine Minderheit im Ständerat hätte dem Nationalrat folgen wollen. Mehr und mehr Unternehmen und auch ganze Verbände seien mittlerweile für diesen Ansatz, sagte Stefan Engler (CVP/GR). Auch in der EU gebe es Bestrebungen für

schärfere Regelungen. Namens der Mehrheit widersprach Beat Rieder (CVP/VS). Bis in der EU Gesetzesentwürfe vorlägen, werde es dauern, warnte er. Und die Schweiz hätte Zeit für Anpassungen.

Bereinigt hat der Ständerat die Bussen für Unternehmen, die die Berichtserstattungspflicht verletzen. Wer trotz Verpflichtung den Bericht nicht vorlegt oder darin unwahre Angaben macht, riskiert bei vorsätzlichem Handeln eine Busse von bis zu 100 000 Franken. Bei fahrlässigem Handeln sind es 50 000 Franken.

Nachdem sich die Kamern nicht geeinigt haben,

muss die Einigungskonferenz einen Kompromissvorschlag für einen indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative ausarbeiten.

Abstimmungen kommende Woche

Über ihren Antrag werden die Kammern Anfang nächster Woche abstimmen. Die Konzernverantwortungsinitiative selbst empfehlen beide Räte zur Ablehnung. Der Nationalrat tut dies mit 105 zu 83 Stimmen bei 9 Enthaltungen. Der Ständerat empfiehlt das Nein mit 25 zu 14 Stimmen. Auch der Bundesrat lehnt die Initiative ab. **sda**

BUNDESHAUS

Vorerst nicht zurück

BERN | Der Nationalrat will die ganze Sommersession in der Berner Messe Bernexpo abhalten. Er hat am Dienstag einen Ordnungsantrag der SVP-Fraktion mit 126 zu 55 Stimmen abgelehnt. Die Fraktion hatte gefordert, ab der zweiten Sessionswoche wieder im Bundeshaus zu tagen. Das Parlament habe mit dem Abbruch der Frühjahrs-session kurz vor dem Lockdown ein wichtiges Zeichen gesetzt, sagte Nationalrat Thomas Matter (SVP/ZH). Matter erinnerte daran, dass der Bundesrat ab dem 6. Juni Veranstaltungen mit bis zu 300 Personen erlaube. Die Einhaltung von Distanzregeln sei ausdrücklich nicht mehr erforderlich.

Die 2-Meter-Distanzregel habe weiterhin Bestand, erklärte Nationalrats-Vizepräsidentin Irène Kälin (Grüne/AG) im Namen der Verwaltungsdelegation. «Das Parlament ginge mit schlechtem Beispiel voran», sagte sie. Kälin wies auch auf die finanziellen Auswirkungen und auf die organisatorischen Schwierigkeiten hin, wenn nur der Nationalrat den Tagungsort verlegen würde. Die Rückkehr ins Bundeshaus sei durchaus ein Thema. Laut Kälin erarbeitet die Verwaltungsdelegation derzeit einen Plan, wann und unter welchen Umständen die Sessions wieder im Parlamentsgebäude durchgeführt werden könnten.

Es würden verschiedene Varianten geprüft, sagte Kälin. Ziel ist es nach ihren Angaben, die Herbstsession wieder am angestammten Ort durchführen zu können. **sda**

Bern | Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose

Auf der Zielgeraden

Der Nationalrat hat am Dienstag zum dritten Mal über die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose beraten. Es bleibt eine einzige inhaltliche Differenz zum Ständerat. Diese betrifft die Obergrenze der Überbrückungsrente. Nun muss die Einigungskonferenz ans Werk.

Das neue Sozialwerk hätte schon in der Frühjahrs-session unter Dach und Fach gebracht werden sollen. Diese wurde aber wegen der Corona-Pandemie abgebrochen. Nun hat der Nationalrat die Sommersession mit der Vorlage eröffnet. Das Bundesgesetz ist nun auf der Zielgeraden. Der Nationalrat hat zugestimmt, für Ehepaare und Personen mit Kindern den Plafond der Überbrückungsleistungen beim 2,25-Fachen des allgemeinen Lebensbedarfs festzusetzen. Dieser Plafond enthält auch die separat vergüteten Krankheits- und Behinderungskosten.

Es bleibt eine Differenz

Eine Minderheit um Katharina Prelicz-Huber (Grüne/ZH) wehrte sich vergebens dagegen, diese Kosten ebenfalls im Plafond zu berücksichtigen. Es gehe nicht um einen grossen Betrag, aber um eine wichtige Geste



Eröffnung. Nationalratspräsidentin Isabelle Moret bekommt während ihrer Eröffnungsrede Support von einem Tontechniker.

FOTO KEYSTONE

für die Betroffenen. «Es ist schon genug, die Krankheit zu tragen», sagte sie. Die Mehrheit lehnte das mit 160 zu 28 Stimmen ab. Damit hat sich der Nationalrat dem Ständerat angenähert. Es verbleibt eine Differenz, die die Einigungskonferenz klären muss. Es geht um die Höhe des Plafonds für Alleinstehende, bei dem der Ständerat den Faktor 2 des allgemeinen Lebensbedarfs vorsieht, der Nationalrat aber das 2,25-Fache. In der Einigungskonferenz dürfte sich die grosse Kammer durchsetzen. Der Ständerat entscheidet am 10. Juni über deren Antrag, der Nationalrat am Tag darauf.

Abgespeckte Vorlage

Mit der sich abzeichnenden Lösung kämen die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose die Staatskasse weniger teuer zu stehen als ursprünglich vom Bundesrat veranschlagt. Statt rund 230 Millionen für 4600 potenzielle Bezügerinnen und Bezüger wollen die Räte nur 150 Millionen für 3400 Betroffene ausgeben. Gegen den Widerstand der Linken hatten sich die Räte unter anderem darauf geeinigt, dass nur mit 60 Jahren oder später ausgesteuerte Personen Anspruch auf Überbrückungsleistungen haben sollen. **sda**

ZECKEN

Fast doppelt so viele Fälle von Zeckenzephalitis

BERN | In diesem Jahr sind dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) bereits 51 Fälle von Zeckenzephalitis gemeldet worden – fast doppelt so viele wie im letzten Jahr. Grund für den Anstieg sind wohl der warme Frühling und die Waldspaziergänge während des Corona-Lockdowns.

Allein in den letzten vier Wochen habe das BAG 34 neue Fälle von Zeckenzephalitis-Erkrankungen registriert, heisst es im BAG-Bulletin vom Dienstag. Vor einem Jahr waren es im gleichen Zeitraum noch 17 gewesen, vor zwei Jahren – einem Zecken-Rekordjahr – 25. Mark Witschi, Leiter der Sektion Impfeempfehlungen beim BAG, bestätigt, dass die Zahl der bis jetzt gemeldeten Fälle hoch ist im Vergleich zu den anderen Jahren. Er erklärt sich den Anstieg mit dem Zusammenspiel der Witterungsbedingungen und dem Verhalten der Menschen. So seien die warmen Winter- und Frühlingsmonate optimal für die Zeckenvermehrung gewesen. Gleichzeitig hätten sich durch den Lockdown mehr Leute im Freien aufgehalten als in anderen Jahren. Werner Tischhauser, Zeckenforscher an der Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und Mitentwickler der Präventions-App «Zecke», bestätigt diese Einschätzung. Seiner Ansicht nach trage das menschliche Verhalten allerdings mehr zum Zeckenstich bei, «als die an sich faul herumwartende Zecke», sagte er auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA.

Die Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) wird durch ein Virus verursacht und kann einen schweren Verlauf nehmen. Die Zecken sind nur in bestimmten Gebieten von diesem Virus befallen. Gegen die FSME gibt es eine Schutzimpfung. Das BAG empfiehlt eine solche allen Erwachsenen und Kindern ab sechs Jahren, welche in Endemiegebieten wohnen oder sich zeitweise dort aufhalten. Gegen die andere von Zecken übertragene Krankheit, die Borreliose, gibt es dagegen keine Impfung. Sie wird durch Bakterien verursacht und kann mit Antibiotika behandelt werden. Häufig verläuft die Infektion auch unbemerkt. Gemäss dem Sentinella-Meldesystem des BAG wurden bis Ende April hochgerechnet 5200 Arztbesuche wegen Zeckenstichen gemeldet. In den Vorjahren waren es jeweils nur rund 2000 gewesen. Die Zahl der Borreliose-Erkrankungen hingegen verharrte auf dem Vorjahresniveau bei 1300 Fällen. Nach Angaben von Witschi ist es gut möglich, dass die Zahlen durch die Corona-Zeit verzerrt wurden. Es könnte jedoch auch sein, dass die Zeckensaison wegen des warmen Frühlings früher eingetroffen sei. **sda**